

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 6

Artikel: Die schwierigsten Jahre für die osteuropäische Wirtschaft
Autor: Oecomicus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336992>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

OECONOMICUS

Die schwierigsten Jahre für die osteuropäische Wirtschaft

1957 ist ein schwieriges Jahr für die *polnische* Wirtschaft. Der Staatshaushalt wird mehr Ausgaben als Einnahmen aufweisen. Dies hat verschiedene Ursachen. Zwar ist die Kohlenförderung von 1949 (74,5 Millionen Tonnen) bis 1956 (95,1 Millionen Tonnen) gestiegen, ebenso aber gleichzeitig auch der innere Verbrauch an Kohle, der sich von 64 Prozent der Gesamtförderung (1949) auf 71 Prozent (1956) erhöhte. Der Export der Steinkohle, die Polens wichtigster Devisenbringer ist, bewegte sich dadurch rückläufig. Kohle und Koks hatten 1949 noch einen Anteil von zusammen 54,5 Prozent und 1956 nur noch 46,6 Prozent (= 24,2 Millionen Tonnen) am Gesamtwert des polnischen Warenexports. 1956 wurden fünf Millionen Tonnen Kohle weniger exportiert, was eine Importlücke von etwa 400 Millionen Rubel (430 Millionen Schweizer Franken) verursachte. Steigender Eigenverbrauch bei Zucker und Zement verringerte ebenfalls deren Exportquoten. Andererseits sind in Polen im letzten Jahr notwendige Lohn- und Rentenerhöhungen erfolgt, so daß in diesem Jahr Waren im Werte von 13 bis 14 Milliarden Zloty (14 bis 15 Milliarden Schweizer Franken) auf dem inneren Markt fehlen dürften, falls nicht der Export anderer Erzeugnisse vergrößert werden kann. Um diese Lücke zu schließen, beabsichtigt Polen, im Ausland Warenkredite aufzunehmen.

Gleichzeitig ist die Kohlenförderung neuerdings rückläufig, was verschiedene Ursachen hat. Bis auf wenige Ausnahmen wurde die Mechanisierung der Gruben vernachlässigt. Auch weitere Mängel wirken sich jetzt aus. Die Zunahme der Kohlenförderung von 1949 bis 1956 gelang nur mittels Überstunden sowie durch den Einsatz von Soldaten und Strafgefangenen bei sinkender Arbeitsproduktivität. Schlechte Wohnverhältnisse und der Schwere der Arbeit nicht gerecht werdende Löhne förderten die Fluktuation im Bergbau. Im ganzen Land konnten die großen, im Sechsjahresplan geschaffenen industriellen Kapazitäten nicht voll ausgenutzt werden. Der Entwurf des Volkswirtschaftsplanes 1957, den die polnische Regierung unter Gomulka vor kurzem billigte, sieht eine Erhöhung der Produktion um 4,2 Prozent vor. Um den geringeren Kohlenexport zu kompensieren, wird der Maschinenexport wertmäßig um 230 Millionen Rubel (247 Millionen Schweizer Franken) ge-

steigert werden. Der Außenhandel soll mehr als 8 Milliarden Rubel (8,6 Milliarden Schweizer Franken) betragen, wobei der Export jedoch nicht die Zahlungsbilanz auszugleichen vermag. Die Steinkohlenförderung ist mit 93 Millionen Tonnen vorgesehen, also weniger als im Jahre 1956, was den Verhältnissen entspricht, während der Maschinenbau Kurs auf die Mechanisierung der Ausrüstungen nimmt. Die Stromerzeugung ist mit einer Zunahme von 11 Prozent veranschlagt (pro Kopf wurden 1955 651 kWh Strom erzeugt). Der Leichtindustrie fällt die dringend nötige Aufgabe zu, mehr Dauergebrauchsgüter sowie Schuhe und Stoffe herzustellen. Die Löhne, Renten und andere soziale Leistungen sind durch Investitionskürzungen gewährleistet. 111 500 neue Wohnungen stehen im Programm. Der private und der genossenschaftliche Wohnungsbau können über beachtliche Kredite verfügen, ebenso kann das Handwerk mit größerer finanzieller und materieller Unterstützung rechnen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Die Landwirtschaft erwartet im ganzen geringere Erträge als 1956, jedoch eine Steigerung der Milch- und Fleischproduktion von etwa 3,5 Prozent. Insgesamt ist eine Zunahme des Nationaleinkommens von 4,7 Prozent vorgesehen. Wird dieser Plan erfüllt, so ebnet sich Polen den Weg für einen weiteren industriellen Aufschwung und eine Verbesserung der Lebenshaltung in den nächsten Jahren des sozialistischen Aufbaus. Gomulka bemüht sich vor allem, die Rolle der Arbeiterräte, die Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung, die Teilnahme der gewerkschaftlichen Organisationen an den entscheidenden Zentren des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu verstärken. Deswegen sollen die neuen Versuche in Polen, ebenso wie diejenigen in Jugoslawien, genau verfolgt werden.

Polen will seine derzeitige Wirtschaftskrise mit Hilfe eines 25köpfigen «Gehirntrasts» überwinden. Mit dem Vorsitz des neuen Gremiums, das an die Stelle der im Herbst 1955 aufgelösten staatlichen Planungskommission treten soll, wurde jetzt der stellvertretende Ministerpräsident Stefan Jedychowski betraut; der ehemalige Professor für Wirtschaft und Statistik an der Universität Chicago, Oskar Lange, der soeben zum Abgeordneten gewählt wurde, und der erst im Januar 1956 aus dem Exil in Frankreich nach Polen zurückgekehrte Wirtschaftler Czeslaw Bobrowski wurden zur Mitarbeit herangezogen. Wie interessant Polen heute ist, beweist die neueste Nachricht, daß die Vereinigten Staaten soeben dabei sind, zugunsten Polens eine erste Lücke in den Zaun ihres Ostblockembargos zu brechen. Polen ist, nach dem bisherigen Stand seiner Verhandlungen mit den USA, mehr an einer Verstärkung seines Handels als an Wirtschaftshilfe gelegen. Dabei scheint die Rücksicht auf Moskau eine Rolle zu spielen. Polen legt vor allem Wert auf Baumwolle, Weizen und landwirtschaftliche Maschinen; um diese Waren zu liefern, müßten die USA eine ganze Reihe gesetzlicher Bestimmungen ändern. Die amerikanische Regierung beabsichtigt, die hindernden Vorschriften so-

weit wie möglich abzuändern, nötigenfalls unter Inanspruchnahme des Kongresses. Sicher ist, daß die USA und Polen in den letzten Wochen Besprechungen führten. Im Vordergrund habe die Gewährung einer amerikanischen Finanzhilfe für die polnische Wirtschaft, insbesondere die Kohlenförderung, gestanden. Von polnischer Seite sei auch der Wunsch nach Gewährung einer technischen Hilfe geäußert worden. Möglicherweise werde die Wirtschaftshilfe an Polen nicht direkt von den USA gewährt werden, sondern über einen Fonds der UNO oder über ein Land wie Schweden oder Österreich oder auch Frankreich.

Anders liegen die Dinge in den übrigen osteuropäischen Staaten, wo der Stalinismus noch am Ruder ist. Auf einer Tagung der Kommunistischen Partei *Ostdeutschlands* hatte vor wenigen Wochen der Planer Bruno Leuschner bereits angedeutet, daß man auch in der Sowjetzone hinsichtlich der Investitionsplanungen der vergangenen Jahre die eigenen Kräfte erheblich überschätzt habe und aus dieser Erkenntnis jetzt schleunigst die Konsequenzen gezogen werden müßten. Durch die zur politischen Entspannung der Lage im Vorjahr notwendig gewordenen und mit erheblichen materiellen Aufwendungen verbundenen Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards ist die Leistungsfähigkeit des Staates weiterhin erheblich geschmälert worden. Ostdeutschland mußte schon im Jahre 1956 einige Bauplanungen zurückstellen und wird in Zukunft eine noch weitergehende Einschränkung auf vordringlichste Objekte vornehmen müssen; Maßnahmen, die sich auf die Entwicklung des Produktionsvolumens schon 1956 auszuwirken begannen und in Verbindung mit einer Reihe organisatorischer und technischer Schwierigkeiten dazu führten, daß nicht einmal mehr der geplante Zuwachs der Industrieproduktion um 8,6 Prozent erreicht wurde, sondern nur ein solcher von 6,2 Prozent. Der Planerfüllungsbericht der Sowjetzone Deutschlands für 1956 ist diesmal auffallend zurückhaltend in der Darstellung der Lage in den einzelnen Industriezweigen. Immerhin gibt er zu, daß die Betriebe fast aller Industrieministerien in der Planerfüllung weit zurückgeblieben sind. Bruno Leuschner hatte bekannt, daß die Entwicklung der ostdeutschen Industrie primär durch den Umfang der Kohlenförderung bestimmt werde und daß dieses Problem um so schwieriger geworden sei, als die Steinkohlen- und Koksimporte aus Polen stark zurückgegangen sind. Auch in Ostdeutschland wurde der 1956er Plan der Braunkohlenförderung nicht erfüllt, womit Polen allerdings nichts zu tun gehabt hatte. Der Plan für 1956 sah eine Braunkohlenförderung von 213,4 Millionen Tonnen vor, gefördert wurden aber nur 205,9 Millionen Tonnen, das heißt um 7,5 Millionen Tonnen weniger. Für 1957 hat man vorsichtshalber nur ein Produktionsziel von 215 Millionen Tonnen in den Plan eingestellt. «Wenn wir 1957 und in den kommenden Jahren das Kohlenproblem nicht lösen, werden wir auch in allen anderen Fragen unserer Wirtschaft keinen Aufstieg haben», sagte Leuschner. Und vieles deutet darauf

hin, daß eine Lösung dieses Problems in der Tat vorerst kaum vorstellbar ist. Verglichen mit Polen plant man in Ostdeutschland immer noch unrealistisch. Auf dem ostdeutschen Maschinenbausektor fehlte es an Neuentwicklungen auf dem gerade für die Sowjetunion so äußerst interessanten Gebiet hochproduktiver Maschinen und Apparate, die auch für die Mechanisierung des Produktionsprozesses in der Sowjetzone von ausschlaggebender Bedeutung sind. Der größte Teil der Fabriken der Schwerindustrie und des Maschinenbaues haben, zum Teil mit erheblichen Rückständen, ihre Exportaufträge nicht ausführen können, einmal weil zahlreiche Bestellungen auf Grund von angepriesenen Prototypen aufgegeben worden waren, deren serienmäßige Herstellung noch nicht aufgenommen werden konnte, zum andern weil für Exportprodukte im Werte von etwa 200 Millionen DM/Ost (387 Millionen Schweizer Franken) Einzelteile und kleinere Aggregate fehlten und schließlich auch wegen organisatorischer Schwierigkeiten und des Fehlens von Produktionsmaterial. Über andere Industriezweige fehlen ebenso Angaben wie über die landwirtschaftliche Produktion, bei der — abgesehen von Kartoffeln — die Hektarerträge des Jahres 1956 allgemein stark unter die vorangegangenen Jahre abgesunken sind. Der Außenhandelsumsatz Ostdeutschlands (einschließlich des Handels mit der Bundesrepublik) hat sich um rund 12 Prozent auf 11 Milliarden Rubel (11,8 Milliarden Schweizer Franken) erhöht und erreichte damit rund einen Zehntel des Außenhandelsumsatzes der Bundesrepublik. Den stärksten Anteil an diesem Zuwachs haben die Ostblockländer, mit denen um 13 Prozent mehr umgesetzt wurde als 1955, das heißt insgesamt 4,44 Milliarden DM/Ost beziehungsweise 72,6 Prozent des gesamten ostdeutschen Außenhandels. Die metallverarbeitende Industrie war am Gesamtexport mit 57 Prozent beteiligt. Als Folgerung der Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands im Jahre 1956 hat Ministerpräsident Grotewohl vor kurzem eine radikale Änderung der Gesamtplanung und Kürzungen einiger Produktionsziele gefordert. In Ostdeutschland bleibt allerdings die Schwerindustrie — im Gegensatz zu Polen — die Hauptsorge der Planung und genießt weiterhin volle Unterstützung der Regierung.

Der *tschechoslowakische* Planerfüllungsbericht für 1956 ist im Grunde genommen der treffendste Gegenbeweis für die Schlagzeile, unter der er in den Zeitungen veröffentlicht wurde und in der behauptet wurde, daß «unser System den andern überlegen» sei. Der ganze Planbericht besteht eigentlich aus einer Aneinanderreihung von «ernsten Mängeln», für die bald diese, bald jene Entschuldigungen angegeben werden, die in Wirklichkeit aber eindeutig aus den in den vergangenen Monaten eingetretenen inneren und äußeren Schwierigkeiten politischer und wirtschaftlicher Art resultieren. Der Bericht gibt offen zu, daß das Ansteigen des Produktionsvolumens um 9,5 Prozent gegenüber 1955 insofern recht zweifelhaft sei, als die meisten Betriebe nicht die ihnen vorgeschriebenen Sortimentaufträge ausgeführt, sondern einfach

gängige Serien gefertigt haben, «was nicht im Einklang mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft stand». Tatsache ist, daß es allerorts an Rohstoffen, Energie, entsprechenden Walzgutsortimenten usw. fehlte, woraus sich in Form von Kettenreaktionen die Schwierigkeiten bei den Verarbeitungsbetrieben mehrten. Die nach den Ereignissen in Posen und Ungarn erzwungenen Lohnerhöhungen führten obendrein dazu, daß im Schwermaschinenbau, im Präzisionsmaschinenbau, in der Autoindustrie, im Landmaschinenbau, im Bauwesen, in der Lebensmittelindustrie, kurzum in fast allen Industriezweigen die Löhne rascher anstiegen als die Produktivität. Trotz allem wird der Durchschnittslohn der Industriearbeiter nur mit 1280 Kronen monatlich angegeben, was bei einer wohlwollenden Wertung der Kaufkraft der tschechoslowakischen Krone mit etwa 20 Rappen einem Einkommen von nicht ganz 260 Schweizer Franken entspricht, also nicht einmal der Hälfte des Durchschnittseinkommens eines schweizerischen Industriearbeiters. (Der Schweizer Franken wird im illegalen Devisenhandel der Tschechoslowakei zurzeit mit 8 Kronen, der Dollar mit 34 Kronen bewertet.) Die Steinkohlenförderung ist, wie es im amtlichen Bericht heißt, im zweiten Halbjahr 1956 «infolge Mangels an Arbeitskräften, Organisationsmängeln und der zu langsam fortschreitenden Mechanisierung» stark gesunken. In der Hüttenindustrie gab es «ernste Mängel, weil der Produktionsplan für Walzgut nicht genügend und nicht im gewünschten Sortiment erfüllt» wurde, so daß vielfach bei der Versorgung verarbeitender Betriebe Schwierigkeiten auftraten. Über die Entwicklung der chemischen Industrie heißt es, daß die Erzeugung von Phenolen ausgedehnt, die Versuchproduktion von verschiedenen Arten von Kunstharzen aufgenommen und die Produktion neuer plastischer Stoffe «gemeistert» wurde. Die Betriebe des Schwermaschinenbaues gehören zu denjenigen, die sich am wenigsten an die ihnen zugewiesenen Fertigungsaufträge gehalten und damit wesentliche Störungen auf dem Investitionssektor verursacht haben. «Die Ursache lag einerseits in den ungenügenden Maßnahmen der Ministerien für die rechtzeitige Erfüllung der Lieferungen durch die unterstellten Betriebe und in dem niedrigeren Organisations- und Leistungsniveau der Produktion, anderseits in der verspäteten Lieferung von Material (vor allem durch die Betriebe des Hüttenwesens und des Erzbergbaues), die nicht immer in den gewünschten Massen und in der gewünschten Qualität ausgeführt wurde.» — Aus diesen eingestandenem Fehlern und Mängeln resultierte ein zum Teil erheblicher Produktionsrückgang in der Leichtindustrie und vor allem die Nichterfüllung der Investitionspläne. Wie bereits bekannt ist, wurden die bisherigen Pläne für 1957 schleunigst umgearbeitet und die Zielsetzungen gekürzt, um ein weiteres Anwachsen der Disproportionen und einen völligen Zusammenbruch der Staatsplanung zu verhindern. Aber auch die Tschechoslowakei scheint unbelehrbar zu sein, nachdem 1957 die Schwerindustrie wiederum in den ersten Rang gestellt wurde.

In *Bulgarien* liegen die Dinge nicht anders. Die bulgarische Regierung hat für das Jahr 1957 eine wesentliche Kürzung der staatlichen Investitionen angeordnet, weil das Nationaleinkommen keine größere Ausgaben erlaubt, besonders nicht in der Schwerindustrie. Die Regierung fügte hinzu, daß durch diese Kürzung der laufende Fünfjahresplan (1953—1957) beeinträchtigt werde. Dies werde sich besonders auf die Erweiterung der Kohlenförderung, die Landwirtschaft, das Elektrifizierungsprogramm, den Bau von Staudämmen und auf das Projekt eines Versuchsatomkraftwerkes auswirken. Die Regierung erklärte jedoch, daß die Produktion in Bulgarien im vergangenen Jahr stetig angestiegen sei — hauptsächlich in der Schwerindustrie — und die Handelsabkommen mit den kommunistischen Märkten sich günstig ausgewirkt hätten. Über die Hälfte des bulgarischen Außenhandels sei mit der Sowjetunion getätigt worden. Zur Beseitigung der immer drückender werdenden Arbeitslosigkeit (im Gegensatz zu der Tschechoslowakei und Ostdeutschland) ist Bulgarien jetzt dazu übergegangen, in großem Umfang Lohnarbeiten für die Sowjetunion zu übernehmen, für die das Verarbeitungsmaterial geliefert wird. Auf Grund der bis jetzt erzielten Vereinbarungen hofft Bulgarien, im laufenden Jahr wenigstens 60 000 bis 70 000 Arbeitern wieder eine Beschäftigung in der Industrie bieten zu können. Es besteht die Absicht, durch die Annahme weiterer sowjetischer Lohnaufträge vor allem in den kommenden Jahren zu einer erheblichen Verminderung der Arbeitslosenzahlen beizutragen. Auf Grund weiterer Vereinbarungen sind in den vergangenen Wochen rund 15 000 Bulgaren zu Dienstleistungen nach der Sowjetunion gebracht worden. Weitere 15 000 werden in die Tschechoslowakei gesandt, wobei zwischen den beiden Staaten noch immer die Streitfrage ungeklärt ist, ob und wann Bulgaren berechtigt sind, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft anzunehmen. In Sofia rechnet man mit einer Arbeiterverschickung von zusammen rund 100 000 Personen ohne Familienmitglieder. Die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen beträgt 450 000.

Auch die *rumänische* Regierung sieht sich plötzlich vor die Notwendigkeit gestellt, entscheidende Schritte zu unternehmen, um jene Fehler wettzumachen, die in den vergangenen Jahren durch eine überpotenzierte Entwicklung der Schwerindustrie auf unzureichender Rohstoffbasis, einer weit über die Tilgungsmöglichkeiten der kommenden Jahre hinausgehenden Beanspruchung sowjetischer Stützungskredite, einer gefährlichen Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Erzeugung und einer phantastischen Überschätzung der Exportmöglichkeiten von Industrieerzeugnissen begangen wurden. Der Ende des vergangenen Jahres abgehaltene Kongreß des ZK der rumänischen KP hat für die jetzt in Realisierung begriffenen Maßnahmen den Weg geebnet und die Notwendigkeit anerkannt, daß sofort Schritte zur Erhöhung der Einkommen und des Lebensstandards der Bevölkerung unternommen werden müssen, wenn die gefährlich gewordenen inneren Spannungen wieder abge-

baut und das kommunistische Regime am Ruder gehalten werden soll. Die von der Regierung geplanten und vorbereiteten Maßnahmen tragen weitestgehend experimentellen Charakter. Der wesentlichste Grundzug ist der, daß man auf Kosten gestrichener Investitionsvorhaben in aller Eile der Bevölkerung höhere Löhne geben und aus dem gleichen Topf zugleich auch den Wohnungsbau und den Ankauf von Konsumgütern im Interesse einer allgemeinen Steigerung des Lebensstandards heben will. Auch die Landwirtschaft soll einen erhöhten Investierungsanteil erhalten, um die in den vergangenen Jahren aufgetretenen Rückständigkeiten möglichst über Nacht beseitigen zu können. Konkret bedeutet dies alles, daß der bereits gebilligte Fünfjahresplan überarbeitet und der wesentlichste Teil der industriellen Investitionsvorhaben zugunsten der Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung gestrichen werden muß. Für die dringlich fertigzustellenden Industriebauten hat inzwischen die Sowjetunion auf Kreditbasis die Stellung von Baumaterial und Maschinen und für die laufende Produktion sogar die Lieferung von Verarbeitungsmaterial zugesagt, um die kommunistische Regierung vor einem sonst unvermeidlichen Bankrott zu bewahren. Die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie werden stark vermehrte Mittel für die Erweiterung der Produktion, den Ankauf von Maschinen und Einrichtungen erhalten. Zugleich aber wird das bisherige System der Pflichtquoten bei den meisten landwirtschaftlichen Produkten abgeschafft und der Warenaustausch zwischen Stadt und Land auf eine kommerzielle Basis gestellt. Die ersten Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Planes sind bereits im Gange. Das heißt, die Pflichtablieferung für Weizen, Roggen, Mais, Kartoffeln, Sonnenblumen, sonstiges Körnergetreide, Heu sowie für Milch und Schafmilch ist bereits aufgehoben worden, während sie für Fleisch und Wolle bei gleichzeitiger Erhöhung der Preise vorerst noch beibehalten werden sollen. Da auch bei den freien Vertragsabschlüssen der Bauern und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften über den Verkauf der Ernten auf kommerzieller Basis mit höheren Preisen zu rechnen ist, dürfte diese Maßnahme ihre Wirkung nicht verfehlen und zu einer spürbaren Steigerung der Produktion beitragen. Das Lohnsystem soll in Kürze bereits in der Weise geregelt werden, daß der Tariflohn wieder zum wesentlichsten Bestandteil des Einkommens und damit zu einem stabilen Einkommensfaktor wird. Im Durchschnitt ist eine 36prozentige Erhöhung der bisherigen Tariflöhne unter gleichzeitiger Kürzung der Prämiensätze geplant, so daß sich im Endeffekt eine rund 15prozentige Verbesserung des Einkommens ergeben wird. In den Betrieben sollen die Befugnisse der Leitungen erhöht und ihnen ein weitgehendes Mitspracherecht bei der Aufstellung der Produktionspläne eingeräumt werden.

Eine hohe Welle der Enttäuschung über die Vorgänge in *Ungarn* und im Nahen Osten hat in den letzten Monaten viele Hoffnungen auf eine friedliche Koexistenz zwischen der kommunistischen und der nichtkommunistischen

Welt hinweggespült. Die Menschen sind aufgewühlt, sie werden von den Emotionen der Stunde beherrscht, und zwar selbst in den Regierungsstuben, wie manche unfäßbare Reaktion von Staatsmännern bewiesen hat.

Die wirtschaftlichen Momente, die beim Ausbruch der politischen Ereignisse in Ungarn mitgewirkt haben, werden meistens nur wenig gewürdigt. Die chronische Verschlechterung der Wirtschaftslage, bei deren Besprechung selbst die politische Führung in den letzten Monaten durchaus pessimistisch war, hatte auf die weitesten Kreise eine nachhaltige Wirkung ausgeübt. Die offizielle Haltung stand im krassen Gegensatz zu den Jahre hindurch aufgestellten Prognosen über die steigende Lebenshaltung und widersprach den dauernden Predigten von der in den westlichen Ländern zu erwartenden Krise. Es blieb natürlich nicht verborgen, daß sich die Wirtschaftslage im Westen weit günstiger entwickelte als in den östlichen Ländern, in denen der Druck auf die Löhne in den letzten Jahren dauernd zugenommen hatte. In Ungarn war in den kommunistischen Gemeinden Stalinvaros, Komlo und Varpalota das Lohnniveau im Jahre 1956 bis auf 40 Prozent des Standes von 1954 gesunken. In Budapest wurde in den meisten Geschäften an die Angestellten eine feste Quote vom Umsatz zur Verteilung gebracht, weil sie vom Gehalt durchweg nicht mehr leben konnten. Innerhalb der Wirtschaftsführung wuchs die Verwirrung im Laufe des Jahres 1956 ununterbrochen. Die Rentabilität, noch kurz zuvor als sozialdemokratisches Gedankengut verschrien, wurde plötzlich wieder zum ersten Gebot erhoben, und die Unternehmungsleiter erhielten den Befehl, aus kranken Kindern gesunde zu machen. Sie lösten das auf ihre Weise, indem sie die Löhne drückten, die Qualitäten verschlechterten und die Erzeugung unrentabler Waren zugunsten solcher Artikel einstellten, deren Erzeugung sich rentierte. Mitte 1956 wurde durch Verordnung die Nationalbank beauftragt, für die Wertbeständigkeit des Forints zu sorgen. Ob damit nach zehn Jahren, in denen der Forint auf 25 Prozent seines Wertes gesunken war (der Schlüssel von 4:1 wurde praktisch allgemein angewandt), eine neue Stabilisierung beabsichtigt war, blieb ein Geheimnis. Jedenfalls wurde der Konflikt zwischen Plan- und Geldwirtschaft damit sozusagen legalisiert, und die Anhänger der letzteren hatten auch sichtbare Erfolge, insofern als es um die Tätigkeit der Planbehörden in den letzten Monaten ganz still geworden war. Die Wirtschaftspolitiker waren indessen damit beschäftigt, in das steigende Chaos Ordnung zu bringen, und zwar mit der neuen Preisordnung, die am 1. Januar 1957 in Kraft treten sollte und natürlich für Produktion, Einfuhr und Außenhandel die weitere Grundlage hätte bilden sollen. In gewissem Umfang bedeutete der Ausbruch der Oktoberereignisse Glück im Unglück, denn die Ernte war bis auf die Zuckerrüben eingebracht. Sie war im Mittel gut, so daß die Lebensmittelversorgung bis Ende April gesichert ist. Um so schwerer wiegen die Verluste in Industrie, Handel und Verkehr. Offiziell schätzt man den Produktionsausfall während der ersten zwei Monate

der Wirren auf 15 Milliarden Forint, also ungefähr 1505 Millionen Schweizer Franken. Die Verlustrechnung ist damit nicht abgeschlossen. Der Planwirtschaft der Volksdemokratien mangeln jegliche elastische Faktoren, wie sie in der Geldwirtschaft die Lagerhaltung bietet, und jeder Mangel zieht sich durch die ganze Struktur hindurch. Die zuständigen Stellen hielten während der Unruhen an der Fiktion der statischen Preise fest, mit dem Ergebnis, daß das Publikum mit Lohngeldern, denen keine Produktion gegenüberstand, die Lager auskaufte. Zur Vollendung des Bildes trugen die zahlreichen Plünderungen, Kampfschäden und Begleiterscheinungen der ökonomischen Anarchie bei. Ebenso wie der Kontakt zwischen Staat und Bürger politisch weitgehend unterbrochen ist, so ist auch die ökonomische Struktur in einer Weise aufgelöst, für die auch die Inflation der Geldwirtschaft nur eine schwache Parallele gibt. Bei einer Analyse des Komplexes sind zwei Stadien zu unterscheiden. Das erste bildet die Kriegsvorbereitungswirtschaft der Jahre 1949 bis 1952, das zweite die Umstellung auf die Friedenswirtschaft in den folgenden Jahren mit dem Ziele, die «neuen» Industrien zu retten. Die Expansion der sogenannten Investitionswirtschaft ist in Ungarn gekennzeichnet durch eine Steigerung der Kohlenförderung von 8 auf 22 Millionen Tonnen, der Stahlerzeugung von 0,7 auf 1,6 Millionen Tonnen und eine Ausweitung der Maschinen- und Fahrzeugproduktion auf etwa das Vierfache des Vorkriegsstandes. Die Anlagen wurden dabei über den Haushaltplan finanziert, die Produktion aber auch. Zum Beispiel kostete eine Tonne Steinkohle bei 240 Forint Selbstkosten 130 bis 170 Forint; die Differenz zahlte der Staat. Bei der Eisen- und Stahlerzeugung wiederholte sich dies, und die Maschinenfabriken, zu deren Gunsten das alles schließlich geschah, verkauften den größten Teil der Erzeugung an die Länder des östlichen Blocks, wobei vom Erlös ein sehr wesentlicher Teil der Deckung der Verbindlichkeiten gegenüber der Sowjetunion diente. Auf die übrige Wirtschaft hatte die also aufgeblähte Schwerindustrie eine bedrückende Wirkung. Beispielsweise wurde der Ganterbauxit in Ungarn mit 50 Forint bezahlt, bei einem westlichen Durchschnittspreis von 50 Schweizer Franken pro Tonne. Aluminium kostete 11,50 Forint pro Kilo, also etwa Fr. 4.30, bei einer inländischen Ueberhöhung des Preises um das Vierfache. Bei der insofern ewig gespannten Finanzlage konnten selbst die gesündesten Unternehmen keine Erneuerung vornehmen, und bei dem schnellen Fortschritt der Technik veralteten die Anlagen sehr schnell. Zu welchem folgendes führte, zeigte sich zum Beispiel in der Erdölindustrie, deren Produktion aus Mangel an Apparaten und Fahrzeugen an einzelnen Stellen so forciert werden mußte, daß die Quellen erschöpft sind.

Im Jahre 1953 hatte sich der damalige Regierungschef Imre Nagy bemüht, in das Dunkel der Finanzierungstechnik der kommunistischen, besser gesagt der staatskapitalistischen Wirtschaft Licht zu bringen, mit dem Ergebnis, daß er schnell von Rakosi gestürzt wurde. Nachher wurden verzweifelte Bemühun-

gen gemacht, dem Zerfall der Wirtschaft Einhalt zu gebieten. In einer Geldwirtschaft hätte man die wechselvollen Etappen natürlich leicht ablesen können. Die staatskapitalistische Wirtschaft hat aber durch das Festhalten an gekünstelten Preisen geglaubt, den Begriff der Inflation verschleiern zu können. Die «Regierung» des sowjetischen Gauleiters Kadar, im übrigen aber auch aller Nachfolger, steht heute vor einer wenig beneidenswerten Situation. Die neuen Betriebe einfach zu schließen, wie manche raten, ist nicht leicht, nachdem Jahre hindurch die Wirtschaft auf sie ausgerichtet worden war. Von der ins erwerbsfähige Alter tretenden Jugend hat zum Beispiel der größte Teil technische Berufe ergriffen. Im übrigen ist es durchaus möglich, daß viele unter den neuen Betrieben sich bei geeigneter Organisation als lebensfähig erweisen. Eine gegenüber dem Vorkriegsstand verdoppelte Stahlproduktion findet sich heute auch in anderen Ländern, und dasselbe gilt für die Expansion mancher Grundstoffe. Das allein ist also kein Maßstab, ebenso wie die von manchen verlangte Beseitigung des Protektionismus und Kommunismus heutzutage immer nur in bestimmten Grenzen möglich ist. Der schwerste Fehler des staatskapitalistischen Wirtschaftsexperimentes liegt in dem Mangel an Erkenntnis, daß das Lohnniveau, wie überhaupt der Lebensstandard der Bevölkerung, eine im großen und ganzen wenig elastische Größe ist. Experimente mit dieser Größe gehören zu den gefährlichsten Preismanövern, und damit hat sich in Ungarn das sowjetrussische Regime selber zum Sturz gebracht. Das Streben nach nationaler Unabhängigkeit in den Volksdemokratien Osteuropas kann, einmal erweckt, nicht mehr gehemmt werden. Es steht im Zusammenhang mit dem Heranwachsen neuer sozialistischer Kräfte und dem Zwang zu wesentlichen Reformen des planwirtschaftlichen Systems.

Als unmittelbare Folge der politischen Ereignisse der letzten Monate ist die Tatsache zu werten, daß der von der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE) in Genf im Herbst des vergangenen Jahres gutgeheißen Plan zur Schaffung einer West-Ost-Zahlungsunion vorläufig nicht verwirklicht werden kann. Die Vertragsunterzeichnung, die für Januar 1957 vorgesehen war, wurde abgesagt. Wie Erinnerung, waren die Arbeiten der ECE seinerzeit stark von dem Gedanken der friedlichen Koexistenz getragen, und man hoffte, auf dieser Grundlage eine Art von multilateralem Zahlungsabkommenssystem zu schaffen, in dem die östlichen Länder ihre Guthaben und Forderungen zunächst unter sich und dann gemeinsam mit den westlichen Ländern verrechnet haben würden. Ferner bestand die Absicht, durch eine zentrale Stelle Empfehlungen für die Abdeckung der Verrechnungsspitze herauszugeben, besonders über den Weg von Kompensationsgeschäften. Allerdings ist man noch nicht so weit, offen zu erklären, daß vor allem die politischen Konstellationen den Bestrebungen der Europäischen Wirtschaftskommission in Genf zuwidergelaufen sind und sich aus diesen Gründen Signaturschwierigkeiten ergeben haben. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß man offenbar nie-

manden gefunden hat, der bereit gewesen wäre, sich für die technische Abwicklung der Verrechnungen herzugeben. Eine Verlautbarung aus gutunterrichteten Kreisen will wissen, daß die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die erwartete Bereitschaft nicht bekundet hat. Man kann sich fragen, ob diese Haltung nicht zuletzt damit zusammenhängt, daß es heute noch hier und da Kreise gibt, die die Aktivität der Europäischen Wirtschaftskommission in Genf mit kritischem Auge verfolgen. Da gerade zu dieser Zeit die Demission des Generalsekretärs der ECE, Professor Gunnar Myrdal, bekannt wurde, nimmt man an, daß dieser Rücktritt mit der ganzen Angelegenheit des Ost-West-Handels zusammenhängt.

Insbesondere muß man sich gerade hinsichtlich des West-Ost-Zahlungsplanes vergegenwärtigen, daß auch die Ostzone Deutschlands unter den Unterzeichnerstaaten figurieren würde und daß sie sichtlich bestrebt war, über die neue Zahlungsunion wenigstens de facto die Anerkennung westlicher Länder zu erhalten. Darauf hat man seinerzeit namentlich in deutschen Wirtschaftskreisen hingewiesen, und selbst in der Schweiz, die im Gegensatz zu Westdeutschland ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Mitwirkung in dieser Union erklärt hatte, meldeten sich Bedenken, die auf diese politischen Aspekte hinweisen.

Die oben analysierten neuesten Ereignisse in den osteuropäischen Volkdemokratien haben uns gezeigt, daß die dort herrschenden kommunistischen Parteien in dem Augenblick als Organe der Bürokratenkaste zu werden begannen, als sie anfangen «an Stelle» oder «im Namen» der Arbeiterklasse zu regieren, wie der jugoslawische Politiker Edvard Kardelj kürzlich richtig sagte. Indem sie sich mit dem Apparat der staatlichen Vollzugsmacht verknüpften und sich mit ihm identifizierten, indem sie die absolute Macht über das gesamte Gesellschaftsleben in diesem Apparat, also in ihren eigenen Händen, konzentrierten, wurden sie zu einer Macht über der Arbeiterklasse und den Werktätigen überhaupt. Damit hörten sie auf, Arbeiterparteien zu sein, und die Arbeiterklasse hörte auf, die herrschende Klasse zu sein. Hoffen wir, daß dies in der nächsten Zukunft nicht mehr der Fall sein und daß die Arbeiterklasse in Osteuropa mit diesen Stalinisten schrittweise abrechnen wird. Bis jetzt konnte nur die polnische Arbeiterklasse diesen Weg beschreiten.

Polen hat, unter Gomulkas entschlossener Führung, in den jüngsten Moskauer Vereinbarungen jenen Status relativer Selbständigkeit und Gleichberechtigung im Verhältnis zur Sowjetunion gewonnen, der den gegebenen historischen Bedingungen angemessen ist. Ungarn wird, nach den schweren Erschütterungen der letzten Monate, auf denselben Weg gewiesen. Polen und Ungarn hatten, unter allen Staaten des Ostraums, in ihrem Gesamtaußenhandel den größten Anteil am Handel mit Westeuropa zu verzeichnen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird sich diese Tendenz verstärken, sobald beide Länder jene Revision ihrer Wirtschaftspolitik verwirklichen, wie sie Gomulka

für Polen bereits angekündigt hat. Erweist sich die neue Landwirtschafts-, Industrie- und Handelspolitik in Polen als wirksames Mittel zur Hebung des Lebensstandards, so werden auch die andern Partner im kommunistischen Ostraum dem Beispiel folgen. Freilich wird dieser Prozeß viel Zeit brauchen. Eine Revision der wirtschaftspolitischen Ziele verlangt Korrekturen der Volkswirtschaftspläne und berührt selbstverständlich auch die Integration aller Partner im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau.

ALFRED JOACHIM FISCHER

Das Problem der arabischen Flüchtlinge ist nicht unlösbar

Während eine sehr geschickte Propaganda ununterbrochen an die aus Palästina geflüchteten Araber erinnert, spricht man kaum mehr davon, daß bereits mehr als 400 000 verfolgte Juden die arabischen Staaten verlassen haben, um sich in Israel niederzulassen. Ihre rasche Einordnung verhinderte neue menschliche Tragödien und ein zusätzliches Politikum.

Mit europäischen Augen betrachtet und europäischen Maßstäben gemessen, ist die Frage der arabischen Flüchtlinge unverständlich und verwirrend. In der Deutschen Bundesrepublik wurde ein Lastenausgleich geschaffen und kümmerten sich soziale Institutionen um die vertriebenen Landsleute. Die Finnen sahen sich nach zwei verlorenen Kriegen von einem Menschenstrom aus Karelien und dem Petsamogebiet überflutet. Durch hohe Sondersteuern und eine drastische Bodenreform sowie wirkungsvolle Arbeits- und Wohnungsbeschaffung ist die Einordnung vollkommen geglückt. In Israel hat man den Lebensstandard freiwillig gesenkt und Jahre harter Entbehrungen ertragen, damit mehr und mehr Juden den rettenden Hafen erreichen und absorbiert werden konnten. Nichts dergleichen beobachten wir bei den Arabern — trotz allen Lippenbekenntnissen zur arabischen Solidarität. Dabei kann schon zahlenmäßig von keiner unerträglichen Belastung die Rede sein. Vierzig Millionen Arabern würde die Aufgabe zufallen, nach ihren eigenen, vermutlich übertriebenen Angaben eine Million Palästinaflüchtlinge, nach israelischen und UNO-Quellen etwa 800 000 ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Wie aber sieht die harte Wirklichkeit aus? Der durch die steigenden Schürfgelöhne immer wohlhabender werdende Irak hat überhaupt keine Flüchtlinge aufgenommen. Auch Saudiarabien, dessen Herrscher, weil sich in seiner Krone die kostbaren muselmanischen Juwelen Mekka und Medina befinden, ein besonders hohes Prestige genießt, gibt zwar viele Millionen aus amerikanischen Öltantiemen für arabische Propaganda und ähnliche Zwecke aus, bot jedoch keinem einzigen Palästinaflüchtling eine neue